

Es geht um unsere Freiheit!

Die ungarische Politik gegen die Central European University widerspricht europäischen Prinzipien

Die ungarischen Regierungsparteien Fidesz und KDNP haben in dieser Woche im Eilverfahren Änderungen am nationalen Hochschulgesetz vorgenommen, die vor allem einem Zweck dienen: Die seit 1991 in Budapest ansässige Central European University (CEU) soll geschlossen oder zumindest aus dem Land vertrieben werden.

Die CEU ist eine Universität von international herausragender Reputation. Wie kaum eine andere in den neuen Mitgliedstaaten der EU steht sie für internationalen Austausch und akademische Exzellenz. Dabei verstand sie ihre Arbeit von Anbeginn als Unterstützung für die Entwicklung offener und demokratischer Gesellschaften. Offenbar ist sie gerade deshalb der amtierenden ungarischen Regierung ein Dorn im Auge, die nach den Worten des Ministerpräsidenten Victor Orban eine illiberale Demokratie anstrebt.

Eine Universität zu bekämpfen, weil diese ihre Studierenden zu kritischen und verantwortlichen Entscheidungsträgern fortbildet und in ihren Publikationen die gegenwärtige ungarische Politik kritisch hinterfragt, ist einer Demokratie unwürdig und mit den Prinzipien der Europäischen Union unvereinbar.

Als Europäerinnen und Europäer sehen wir in der Politik der ungarischen Regierung einen Angriff auf unsere Grundwerte und Überzeugungen. Die Freiheit der Wissenschaft ist explizit in Artikel 13 der – auch von Ungarn ratifizierten – Europäischen Grundrechtecharta garantiert. Grundrechte, die nicht nur auf dem Papier stehen, sondern aktiv verteidigt werden, sind unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie und für den europäischen Einigungsprozess.

Wir erwarten von den Mehrheitsparteien im ungarischen Parlament und der ungarischen Regierung, ihre Überzeugungen mit Argumenten zu vertreten anstatt ihre vermeintlichen Kritiker durch den Missbrauch von Staatsmacht zum Schweigen zu bringen.

Wir fordern von den Europäischen Institutionen, von allen im Bundestag vertretenen Parteien sowie von der Bundesregierung, offen und deutlich für unsere demokratischen Werte und Errungenschaften einzustehen. Auf allen Ebenen muss das Mögliche getan werden, um den Fortbestand der Central European University in Budapest zu sichern. Jede Bemühung in diese Richtung leistet auch einen Beitrag gegen das weitere Abgleiten Ungarns in Richtung eines nationalistisch-autoritären Systems und dient damit eine Stärkung der Demokratie in Europa.

Ebenfalls appellieren wir an die Medien, insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland, ihrem Auftrag zur kritischen Berichterstattung nachzukommen und nicht leichtfertig der offiziellen ungarischen Darstellung zu folgen. Wer eine renommierte, von den USA aus gegründete Universität zum Schweigen bringt, verteidigt damit weder Europa noch die Demokratie, sondern tut genau das Gegenteil.